

Herrn Minister Ulrich Müller
Ministerium für Umwelt und Verkehr
Baden-Württemberg
70029 Stuttgart

Offener Brief

15.Juni 2004

Straßenbahn Heidelberg-Kirchheim

Sehr geehrter Herr Minister Müller,

am 12. März 2004 wurde für die Straßenbahn Kirchheim der rechtskräftige Planfeststellungsbeschluss zugestellt. Fast zeitgleich wurde bekannt, dass die GVFG-Fördersätze des Landes Baden-Württemberg für den ÖPNV um 10% gesenkt würden. Ausnahme: der alte Satz gilt dann, wenn das planfestgestellte Projekt noch vor Juli 2004 begonnen wird. Glück gehabt, das schaffen wir, so unser Fazit.

Nach außerordentlich sorgfältiger Bearbeitung des Projekts "Neubau Straßenbahn nach Kirchheim" und intensiver Experten- und Bürgerbeteiligung wurde dieses Projekt von uns, den Fraktionen SPD und GAL, sowie der Arbeitsgemeinschaft FWV und FDP und der Oberbürgermeisterin im Gemeinderat mehrmals beschlossen. Wir haben uns dafür viel Zeit genommen und konstruktiv mitgearbeitet. Die HSB als Antragstellerin hat nach Auskunft ihre Hausaufgaben gemacht und alle erforderlichen und nachgeforderten Unterlagen und Berechnungen eingereicht. Der Wirtschaftlichkeitsfaktor ist zudem außerordentlich günstig. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb diesem für die Heidelberger Bevölkerung und seinem Verkehrsunternehmen so wichtigen Projekt noch immer die Unbedenklichkeitsbescheinigung fehlt. Mannheim hat sie für ihr Projekt schon lange erhalten, obwohl später beantragt und der Wirtschaftlichkeitsfaktor lediglich 1.0 beträgt.

Es kann sein, dass das Ausbleiben dieser Bescheinigung in Zusammenhang mit der Kommunalwahl gesehen wurde. Wir haben uns aus diesem Grunde auch nicht vor den Wahlen gemeldet, trotz des knappen Termins 30.6. 04. Das Ergebnis der Wahl hat gezeigt, dass die Straßenbahn auch bei der Bevölkerung Heidelbergs und des Stadtteil Kirchheims eine hohe Akzeptanz hat. Die CDU hat nicht nur gerade dort überdurchschnittlich verloren, auch ihr einziger Gemeinderat aus Kirchheim wurde nicht wiedergewählt.

Herr Minister, wir bitten Sie eindringlich, sich für die umgehende Erteilung dieser Unbedenklichkeitsbescheinigung einzusetzen, damit Heidelberg endlich mit dem Ausbau des Schienennetzes beginnen und unter die Ausnahmeregelung fallen kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez., SPD-Fraktion (Werner Brants, Dr. Anke Schuster, Lore Vogel), GAL-Fraktion (Peter Holschuh, Irmtraud Spinnler), FWV (Hermann Gundel, Dr. Ursula Lorenz) und FDP (Dr. Annette Trabold)